

Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	22.05.2003	A0071/03
Absender	Wird von der Verwaltung ausgefüllt. Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat	
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – future! die jugendpartei		
Adressat		
Gerhard Heintl Alter Markt 1 39090 Magdeburg		
Gremium	Sitzungstermin	am 05.06.2003 14:00
Stadtrat	05.06.2003 14:00	
Kurztitel		
EntschlieÙung zur Neuordnung der Hochschullandschaft		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine EntschlieÙung der Landeshauptstadt Magdeburg zur Neuordnung der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt gemäß der Intention des vorliegenden Entwurfes (siehe Anlage) nach entsprechender Prüfung abschließend zu verfassen und dem Land anzutragen.

Begründung: wird ggf. mündlich noch ergänzt !

Die Pläne der Landesregierung, Studiengänge zu schließen und Doppelangebote abzubauen, gefährden Standortvorteile des Landes. Denn der Hochschulstandort Magdeburg hat sich einen Namen gemacht, im Land und insbesondere auch im Bund. Dieses Erfolgsmodell „Magdeburger Hochschulen“ darf nicht kurzfristigen Einsparungen geopfert werden. Die Auswirkungen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich wären wesentlich nachhaltiger und nicht weniger einschneidend.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender

Anlage zum Antrag A 0071/03:**Entwurf eines Entschließungsantrages zur Neuordnung der Hochschullandschaft im Land****1.**

Die Landeshauptstadt Magdeburg erklärt sich zur Universitätsstadt und wird dies in ihre Hauptsatzung insoweit aufnehmen, als dort künftig unter § 1 stehen wird:

- (1) Die Stadt führt die Bezeichnung und den Namen „Universitäts- und Landeshauptstadt Magdeburg“ (im folgenden nur noch „Stadt Magdeburg“ bzw. „Stadt“ genannt).

2.

Die Stadt Magdeburg wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten als kreisfreie Stadt alles tun und nichts unterlassen, den Bestand, den Erhalt, die Entwicklung und behutsame Entwicklung der Universitäts- und Hochschullandschaft innerhalb der Grenzen der Stadt zu schützen, zu sichern, zu fördern und zu unterstützen.

3.

Die Stadt Magdeburg wird die Regierung des Landes Sachsen-Anhalt, der sie seit den Jahren ihres Bestehens nach dem Umbruch im Jahre 1989/90 auch ohne Hauptstadtvertrag alle Voraussetzungen geboten hat und bietet, um ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gerecht zu werden und diese wahrnehmen zu können, bitten, aber auch auffordern, gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, die nicht nur einen Erhalt der Universitäts-, Hochschul- und Fachschullandschaft in der Stadt im derzeitige Zustand grundsätzlich sichern, sondern auch Entwicklung und Erweiterung zulassen.

4.

Die Stadt Magdeburg bittet die Leitungen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal, das Anliegen der Stadt, den Titel Universitätsstadt zu profilieren, zu unterstützen und an der Umsetzung der unter Punkt 3 genannten Zielstellungen konstruktiv und zielorientiert mitzuwirken.

5.

Die Organe der kommunalen Selbstverwaltung, Stadtrat und Oberbürgermeister, tragen den Magdeburger Bürgerinnen und Bürgern an, die unter Punkt 2 genannten Zielstellungen mit allen demokratisch legitimierten Mitteln zu unterstützen.

6.

Die Studentinnen und Studenten der Universität und der Hochschule sind gebeten, die unter Punkt 2 genannten Zielstellungen mit allen demokratisch legitimierten Mitteln zu unterstützen.